



Erklärung und Forderungen des 27. Landesbauernverbandstages am 3. März 2016 in Staßfurt an Landtag und Landesregierung

Die Landwirtschaft, insbesondere die Veredelungswirtschaft, befindet sich in einer langanhaltenden, tiefen Krise, die aktuell viele Existenzen unserer Betriebe bedroht. Wir erwarten insbesondere deshalb von der Politik die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens nicht weiter zu erschweren und, wo vertretbar, zu erleichtern. Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist gekennzeichnet von vielfältigen und regional verankerten Unternehmen. Der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. fordert ein klares Bekenntnis zu den bestehenden Strukturen und eine Politik bestimmt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Basis politischen Handelns muss die positive Begleitung von Wirtschaftsinitiativen zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung sein. Wir fordern eine frühzeitige Einbeziehung berufsständischer Interessenvertretungen bei gesetzlichen Regelungen und Standards, damit diese vernünftig und mit Blick auf die Situation der Landwirtschaft gestaltet und verträglich umgesetzt werden.

Agrarpolitik für eine zukunftsorientierte und leistungsfähige Landwirtschaft

Agrarpolitik in Sachsen-Anhalt wird maßgeblich in den Rahmenbedingungen gestaltet, die über die Institutionen der Europäischen Union gesetzt werden. Wir fordern von den Verantwortungsträgern in Regierung und Behörden sich im Rahmen der Erarbeitung europäischer Rahmenbedingungen für die Belange der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt einzusetzen.

Wir fordern:

- die Direktzahlungen der 1. Säule ohne Kürzungen zugunsten der 2. Säule beizubehalten,
- eine Schwerpunktsetzung auf Maßnahmen für die Landwirtschaft bei der Ausgestaltung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum,
- eine 1:1-Umsetzung europäischer Regelungen, insbesondere im Naturschutz und bei der Wasserrahmenrichtlinie sowie EU-weite Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung,
- die Überarbeitung der TA-Luft, NEC-RL und NERC-RL nicht zur weiteren Beeinträchtigung der Tierhaltung zu missbrauchen und die Modernisierung bestehender Anlagen nicht durch neue Anforderungen zu verhindern,
- einen praxisrelevanten Grenzwert für Frühwarnverstöße im Rahmen der HIT-Meldefristüberschreitungen durch die Bund-Länder-Kommission,
- umfassenden Bürokratieabbau auf allen Verwaltungsebenen, insbesondere Vermeidung von Doppelbelastungen.

Fortschrittliche Weiterentwicklung der Nutztierhaltung

Wir fordern:

- Tierhaltung marktgerecht zielgerichtet zu fördern,
- Orientierung der Weiterentwicklung der Nutztierhaltung an langfristig angelegten Forschungen, deren Intensivierung und Gewährleistung der Transparenz von Ergebnissen,
- die weitere Verbesserung des Tierwohls durch Förderung und mit den Partnern der Wirtschaft umzusetzen und von einer Verschärfung des Regelwerkes über EU-Recht hinaus abzusehen,
- die Verstärkung der Förderanreize und Ausgleich der Wettbewerbsnachteile durch höhere Standards,
- die Fachkunde der Landwirte und die Qualität der Nutztierhaltung anzuerkennen und die Unterstützung von Transparenzinitiativen der Landwirte,
- die Förderung der Tierzucht zur Bewältigung der Herausforderungen nachhaltiger und tierschutzgerechter Nutztierhaltung,
- in der erforderlichen Anpassungsphase der Sauenhaltung in Kastenständen von Sanktionen abzusehen.

Unterstützung landwirtschaftlichen Unternehmertums

Wir fordern:

- die Berücksichtigung von Marktmechanismen, der tatsächlichen Nachfrage und der realen Zahlungsbereitschaft bei politischen Entscheidungen,
- die Einrichtung von steuerlichen Maßnahmen, um Volatilitäten und wachsenden unternehmerischen Risiken begegnen zu können, auf Bundesebene zu unterstützen,
- die Übernahme von Geschäftsanteilen in Agrarbetrieben mittels Bürgschaften zu unterstützen.

Bodenpolitik und Schutz landwirtschaftlicher Flächen

Wir fordern:

- den Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch Gesellschafter juristischer Personen zuzulassen,
- die Verschärfung des Bundesbaugesetzbuches zu unterstützen, damit die Innenverdichtung von Kommunen konsequenter umgesetzt wird,
- ein Förderverbot von Baugebieten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen,
- naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen weitestgehend ohne Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen durchzuführen,
- den Verzicht auf ein Agrarstrukturgesetz.

Naturschutz im Einklang mit der Landwirtschaft

Wir fordern:

- bei der Umsetzung von Natura2000 (FFH/Vogelschutzgebiete) sowie durch einseitige Veränderungen von bestehenden Schutzgebieten betriebsindividuelle Härten zu vermeiden,
- Meliorationsanlagen vor Biberschäden zu bewahren, einen Ausgleich von Biberschäden einzuführen und erhebliche Mehrkosten besonders betroffener Unterhaltungsverbände zu bezuschussen,
- die vollumfängliche Erstattung von Präventionskosten und Folgekosten von Wolfsrissen sowie die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht.

Entwicklung der Gewässer im Konsens mit der Bodenbewirtschaftung

Wir fordern:

- den Vorrang ökologischer Ziele zu Gewässerunterhaltungsrahmenkonzepten aufzugeben und die notwendige Entwässerungsfunktion von Gewässern zu respektieren,
- die Gewässerunterhaltung am Entwässerungsbedarf auszurichten,
- die Aufgabe von Schutzziele in Naturschutzgebieten, die nicht europäische Verantwortung umsetzen,
- zulässige Entlastungen nach der neuen Düngeverordnung tatsächlich umzusetzen,
- die Förderung der Schaffung von ökologischer Durchgängigkeit in Fließgewässern,
- Deichrückverlegungen mit erheblichem Verlust an Ackerland zu unterlassen und in Poldern den marktgerechten Ackerbau auf Dauer zu gewährleisten.

Nutzung von Chancen der Energiewende

Wir fordern:

- Anreize für Investitionen im Biogasbereich, vorrangig für die Verwertung von Reststoffen und Koppelprodukten aus der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Tierhaltung,
- die Sicherung des Anlagenbestandes auch nach dem Auslaufen der EEG-Förderung und hinsichtlich der Rahmengesetzgebung (Dünge-VO, Anlagen-VO),
- die Beschränkung der Genehmigung von Photovoltaikanlagen auf Dach-, Konversations- und Deponieflächen, um Photovoltaik auf landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht zuzulassen.

Stärkung des ländlichen Raums

Wir fordern:

- ortsnahe Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie grundlegende Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten und eine moderne und leistungsfähige Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur flächendeckend im ländlichen Raum einzurichten.

Förderung von Aus- und Weiterbildung

Wir fordern:

- die Aufrechterhaltung und Stärkung der Berufsschulstandorte für die in den Landwirtschaftsbetrieben ausgebildeten Lehrberufe, der überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau sowie der drei Studienstandorte in Haldensleben, Bernburg und Halle,
- die Aufrechterhaltung des amtlichen Versuchswesens und praxisorientierte, unabhängige Forschung an den Standorten der Landesanstalt,
- die Aufrechterhaltung der bisherigen Kapazitäten der LLG in Iden und den Ausbau zum Kompetenzzentrum für art- und umweltgerechte Nutztierhaltung,
- die Fortführung des Projektes „Grünes Erleben – Bauernhof als Klassenzimmer“ in bewährter Form.